

len oder Zirkel; sie halten Vorlesungen ab und führen Diskussionen über theoretische Fragen durch. Die persönliche Beteiligung an der Propagandarbeit verpflichtet die Partei- und Staatsfunktionäre, ihr ideologisches und theoretisches Wissen ständig zu verbessern.

Im Gebiet sind über 50 ständige Seminare der Parteiarbeiter geschaffen worden, in denen die Geschichte der KPdSU (B), politische Ökonomie, Philosophie und die Geschichte der internationalen Beziehungen behandelt werden. An diesen Seminaren nehmen etwa 1500 Personen teil. Die Grundlage der Seminararbeit bildet das Selbststudium. Die Seminare erfreuen sich großer Beliebtheit. Auf ihnen werden die Hauptwerke der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie die Vorträge und Referate der Hörer allseitig erörtert.

Die von den Kommunisten selbst verfaßten Referate stellen eine überaus interessante und wirksame Form des politischen Selbststudiums dar. Besonders viel Referate wurden in der Swerdlowsker Parteiorganisation gehalten. So wurden im Stadtbezirk Kirow 51 Referate in vier Monaten verfaßt. In den Parteiorganisationen der Uraler Zweigstelle der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion und des östlichen Wissenschaftlichen Forschungsinstitutes für Wärmeverwertung bereitet man Referate über die einzelnen Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und auch über einzelne Abschnitte aus diesen Werken vor. Die Erfahrung zeigt, daß die Diskussion über die Referate rege ist. Jedoch darf man nicht zu viele Referate auf einmal zur Diskussion stellen. Im Biologischen Institut der Zweigstelle der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion erörterte man einmal zehn Referate gleichzeitig. Es ist klar, daß der Nutzen einer solchen „Diskussion“ gering ist.

Das Gebietskomitee der KPdSU (B) veranlaßte die Parteiorganisationen, den Genossen bei der Abfassung ihrer Referate rechtzeitig methodische Hilfe zu leisten, damit die Vorbereitung der Referate nicht allzuviel Zeit in Anspruch nimmt und die Diskussion darüber einen aktiven Charakter trägt.

Das politische Selbststudium stählt die Kommunisten ideologisch; es verleiht ihnen Vertrauen in die eigene Kraft und gibt ihnen die Möglichkeit, Fragen, die das Leben stellt, richtiger zu entscheiden.

## **der Berliner Humboldtuniversität**

lichkeit geschaffen werden, daß solche Dozenten alle nach und nach noch die Parteischulen besuchen können.

Die starke amtliche Beanspruchung und die Unterschätzung der Betriebsgruppenarbeit aus mangelnder politischer Schulung sind auch die Ursachen dafür, daß der Kontakt zwischen den Genossen Professoren und der Betriebsgruppe im Durchschnitt recht schlecht ist. Die Genossen Dozenten, die wirklich an der Arbeit der Betriebsgruppe teilnehmen (nicht weil sie weniger zu tun hätten als andere, sondern weil sie diese Arbeit richtiger einschätzen), bilden bis jetzt noch eine Minderheit.

Marxistische Hochschullehrer besitzen an der Humboldtuniversität heute noch Seltenheitswert. Zahlreiche Fachgebiete werden noch ausschließlich von bürgerlichen Professoren gelehrt. Daher ist es die Hauptaufgabe dieser wenigen Genossen, die Fachgebiete der Wissenschaft, wie Musik- oder Rechtswissenschaft, Philologie, Medizin usw., zu erforschen, das heißt, sie müssen vorbildliche Wissenschaftler sein. Statt dessen geschieht es, daß gerade ihre Vorlesungen oft ausfallen, eingeschränkt werden müssen. Warum? Diese Genossen sind „nebenbei“ Präsidenten, Vorsitzende, Abgeordnete, Ausschußmitglieder, Redakteure, sie bilden „nebenbei“ den wissenschaftlichen Nachwuchs aus,

sie halten „nebenbei“ Vorträge, Vortragsreihen in und außerhalb Berlins usw. usw. Was jetzt schon zu tun nötig und möglich wäre, ist, diese Genossen von Funktionen administrativer Art zu befreien oder ihnen diese doch weitgehend zu erleichtern, damit sie Zeit gewinnen für Forschungs- und Lehraufgaben, die ihnen heute noch niemand abnehmen kann.

### **Heraus aus der Isolierung gegenüber bürgerlichen Dozenten!**

Der Hauptansatzpunkt zur Überwindung der Isolierung von den bürgerlichen Kräften und zu ihrer Gewinnung für die fortschrittlichen Aufgaben unseres Staates ist an Universitäten und Hochschulen die fachliche Arbeit. Es hat sich erwiesen, daß bürgerliche Wissenschaftler dort am besten zu gewinnen sind, wo sie sich als Fachleute angesprochen und benötigt sehen. Wo es die Genossen verstanden haben, die Diskussion etwa um Studien- oder Prüfungsreformen über den Rahmen der Partei hinaus in den Kreis der gesamten Kollegenschaft zu tragen, gelang es auch, mit bürgerlichen Professoren und Dozenten ins Gespräch zu kommen, das sich im Zusammenhang mit Fachfragen notwendig auf das Gebiet weltanschaulich-politischer Auseinandersetzung erstreckte. Besondere Aufmerksamkeit muß die Partei, müssen vor allem die marxistischen Fachkollegen solchen Wissenschaftlern zuwenden, die aus einer realistischen Wissenschaftsauffassung heraus sich dem Marxismus annähern. Es gibt auch an der Humboldtuniversität immer wieder Beispiele, daß ehrliche bürgerliche Forscher in Einzelfragen zu materialistischen und dialektischen Resultaten kommen und nun um ein wissenschaftlich-marxistisches Weltbild ringen. Will man die Fortschrittskräfte in der Wissenschaft stärken, dann muß man alles tun, um solchen Gelehrten (häufig sind es Spezialisten wenig erforschter, wichtiger Wissenschaftszweige) ihren komplizierten und schwierigen Weg zu erleichtern.

Wenn wir für die Universität die fachliche Zusammenarbeit als wichtigstes Mittel zur Stärkung der Fortschrittskräfte bezeichnen, so bedeutet das natürlich nicht, daß wir die direkte politische Agitation deshalb zurückstellen sollen oder können. Aus Furcht, die würdigen „akademischen“ Formen im Herantragen von politischer Agitation an Professoren zu verfehlen, werden oft schwere Unterlassungssünden begangen. So hat sich bei den Vorbereitungen zu den Studentenratswahlen gezeigt, daß die Genossen oft davor zurückschreckten, an die Dozenten heranzutreten und sie zu bitten, daß sie zu den Studenten von der Bedeutung der Wahlen sprechen möchten. Welchen Vorteils man sich damit beraubt, ergibt sich daraus, daß das Eingreifen fortschrittlicher Professoren in den Wahlkampf für den Erfolg der Wahlen teilweise von entscheidender Bedeutung gewesen ist (so z. B. in der juristischen Fakultät durch Genossen Professor Steiniger, in der philosophischen Fakultät durch Genossen Professor Meusel, in der pädagogischen Fakultät durch Genossen Professor Alt).

Die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die für die gesamte Universität und in einzelnen Fakultäten schon existieren (die übrigen Fakultäten müssen das noch schnellstens nachholen), haben sich zwar feierlich konstituiert, von konkreten Beschlüssen, Maßnahmen oder Aktionen, die sie geplant oder durchgeführt haben, ist aber bisher wenig oder nichts bekannt. Die Unterschriftensammlung für den Aufruf zur Ächtung der Atomwaffe hätte noch viel mehr der Anlaß sein müssen, um eine breite Diskussion mit den bürgerlichen Wissenschaftlern zu entfalten.

Wir müssen danach streben, als äußeres Zeichen des Fortschritts der Wissenschaft mehr Marxisten-Leninisten unter den Nationalpreisträgern der kommenden Jahre zu sehen.

Nur wenige Probleme konnten hier aus einem relativ kleinen Erfahrungsbereich angerissen werden, doch gewiß solche Probleme, deren Lösung entscheidend ist für den Weg der Humboldtuniversität zur Volksuniversität.